

Links, gebildet, intolerant

Bornierte, tumbe Landbevölkerung? Von wegen!
Die engstirnigsten Menschen sind studiert und hocken in Städten.

Philipp Gut

Der Absender ist absolut unverdächtig. «Polarisierung in Deutschland und Europa» heisst die Studie, die «Spaltungstendenzen» in zehn europäischen Ländern untersucht. Verfasst hat sie ein Team um den Politologen Hans Vorländer von der Technischen Universität Dresden, finanziert wurde sie von der Stiftung Mercator, die für Chancengleichheit, ein geeintes Europa sowie die «Verständigung und den Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen» eintritt. Das Stiftungsprogramm liest sich wie eine sozialdemokratische Sonntagspredigt.

Umso verblüffender sind die Resultate, die so etwas wie einen Lackmустest für Aufgeschlossenheit und Toleranz liefern. Dabei schneiden ausgerechnet jene am schlechtesten ab, die sich selbst gerne als Verkörperung dieser Ideale sehen: die gutausgebildeten, gutverdienenden, politisch eher links stehenden Akademiker in den urbanen Zentren. «Ältere, Personen mit hohem Bildungsabschluss und Einkommen sowie Bewohnerinnen und Bewohner von Grossstädten [sind] am stärksten polarisiert», bilanziert die Studie. Sie neigen gemäss den Autoren zu «Empörung, Hass und Diffamierung Andersdenkender». Demgegenüber sind Menschen mit mittlerem Bildungsstand in ländlichen Regionen signifikant weniger polarisiert, sprich: viel toleranter im Umgang mit abweichenden Meinungen.

Restriktive Positionen

Bornierte, tumbe Landbevölkerung? Vorurteilsbeladene Hinterwäldler? Von wegen! Das ist der erste Mythos, den die Studie widerlegt. Der zweite Mythos, den die Dresdener Wissenschaftler auf über hundert Seiten zerrümmern, ist die Annahme, dass «Populisten» und die politische Rechte in erster Linie für die vielbeklagte Spaltung der Gesellschaft verantwortlich seien. Als ausgesprochen feindselig gegenüber politischen Gegnern und Andersdenkenden erwiesen sich «die Wählerinnen und Wähler von linken bis linksextremen sowie grünen und ökologischen Parteien».

Darüber hinaus bietet die Studie aufschlussreiche Fakten zur Einstellung der europäischen Bevölkerung zu einzelnen Sachfragen. Dabei sticht die Zuwanderung heraus. Die Befragten erhielten die Möglichkeit, zwischen einer liberalen und einer restriktiveren Zuwanderungspolitik auszuwählen und dies auf einer 11-Punkte-Skala zwischen 0 («Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden») und 10 («Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden») zu markieren.

«Restriktive Position überwiegt deutlich in Europa», so das Fazit. Europaweit sprachen sich 55 Prozent der Befragten mehr oder weniger vehement für eine Begrenzung der Zuwanderung aus. Nur 25 Prozent waren gegenteiliger Auffassung. 17 Prozent liessen hingegen «die grösstmögliche Bevorzugung einer restriktiven Migrationspolitik» erkennen, indem sie auf der Skala eine 10 angaben. In mehreren Ländern wollen bis zu zwei Dritteln die Zuwanderung eindämmen.

Hochinteressant sind auch die Ergebnisse in Bezug auf die staatlichen Covid-Massnahmen. Bei der Wahl zwischen den Aussagen «Zur Bekämpfung einer Pandemie wie Covid-19 halte ich weitreichende Eingriffe in die Freiheit des Einzelnen für notwendig» und «Zur

Bekämpfung einer Pandemie wie Covid-19 lehne ich Eingriffe in die Freiheit des Einzelnen grundsätzlich ab» ergab sich europaweit eine relative Mehrheit von 40 Prozent, die Eingriffe in die Freiheitsrechte ablehnt. 37 Prozent sind eher gegenteiliger Auffassung. Rund ein Fünftel der Befragten (21 Prozent)

In mehreren Ländern wollen bis zu zwei Dritteln die Zuwanderung eindämmen.

liess keine Präferenz erkennen und positionierte sich genau in der Mitte. Die Bürger der EU-Staaten konnten über die Massnahmen nicht abstimmen – doch die Resultate zeigen, dass diese es in Volksabstimmungen durchaus schwer gehabt hätten.

Der politische Gegner wird zum Feind

Zurück zum Thema «Polarisierung und Intoleranz». Nachdem die *Sonntagszeitung* darüber berichtet hatte, ist auch in der Schweiz eine Diskussion über die mangelnde Lust und Fähigkeit des links-urbanen Bildungsmilieus entbrannt, abweichende Meinungen zu akzeptieren. Ein Ursache für diese Unduldsamkeit dürfte darin liegen, dass Linke für sich eher in Anspruch nehmen, das Gute zu vertreten. Die Moralisierung politischer und weltanschaulicher Fragen würde dann ironischerweise zum Gegenteil eines ethisch-moralischen und anständigen Verhaltens führen. Der politische Gegner wird zum Feind, dem man am liebsten den Mund verbieten würde und den man wahlweise als «Klimaleugner», «Corona-Leugner» oder «rechtsextrem» diffamiert.

Hand in Hand damit geht oft der Ruf nach Einschränkung der freien Rede. So wollte SP-Nationalrat Jon Pult, der EU naheifernd, gegen «falsche Inhalte» im Internet vorgehen. Da halten wir uns lieber an Voltaire, der gesagt haben soll: «Monsieur, ich bin zwar anderer Meinung als Sie, aber ich würde mein Leben dafür geben, dass Sie Ihre Meinung frei aussprechen dürfen.»



Jagd auf «falsche Inhalte»: SP-Nationalrat Pult.